



STANDPUNKT

**focus 5/19**  
September

## Agglomeration: Vom Phantom zum Handlungsfeld



**Angelus Eisinger**

Städtebau- und Planungshistoriker, Direktor des Planungsverbands Region Zürich und Umgebung

Agglomerationen sind keine Fake News. Ihre Existenz bezeugen Berge von Statistiken und ganze Bibliotheken von Fachliteratur. Hier lebt und arbeitet die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes. Und schliesslich besitzt «Agglomeration» schon seit längerem eine Akte in Bern und dies durchaus mit positiven Folgen: Eigens eingesetzte Agglomerationsprogramme setzen an nicht zu ignorierenden Engpässen an und Modellvorhaben loten mögliche Pfade der weiteren Entwicklung aus.

Das Aktivitätsniveau in Sachen Agglomeration ist also hoch. Und doch lässt sich der Eindruck nicht so leicht ausräumen, dieses *terrain vague*, dem sich all die gerade angesprochenen Diskurse, Aktivitäten und Initiativen widmen, sei im politischen Alltag mindestens so sehr mythisches Phantom wie *gelebte* Realität. Oder, anders formuliert: Kennen Sie jemanden, der oder die von sich sagen würde, er oder sie lebe in der Agglomeration und setze sich entschieden für deren Zukunft ein?

Interessanterweise plagt die Städte ein ähnliches Schicksal wie Agglomerationen. Auch sie funktionieren nur, weil ihre politi-

schen Grenzen keine Hindernisse für die Netzwerke und Ressourcenströme bilden, die ihren eigenen Alltag erst möglich machen. Was für Städte schwierig ist, wird für deren Umland – das Kernland der Agglomeration – so richtig kompliziert: Bis heute dominiert dort ein politischer Pragmatismus, dem das Hemd der kommunalen Befindlichkeiten beträchtlich näher ist als die (Zwangs-)Jacke einer notwendigerweise noch unklaren Agenda «Agglomeration». Grosse Gesten und magistrale Planwelten beißen sich daran die Zähne aus.

Der alternative Pfad dazu lautet: «schrittweise» und «von unten», «thematisch konkret» und «partizipativ» von den eigenen Befindlichkeiten zu gemeinsam geteilten Fragen und Positionen kommen. Das bedeutet unweigerlich auch: Welche Zukunft Agglomerationen und ihre Teile faktisch haben werden, bestimmt sich wesentlich über die im einzelnen Fall eingesetzten Verfahren der Meinungsbildung, Ideenformulierung und Entscheidungsfindung von Kollektiven, die sich und die Inhalte ihrer Auseinandersetzung erst finden müssen. Dabei gilt: Diese Zukunftsvorstellungen erhalten in dem Masse Relevanz, in dem sie sich *nicht* um unangenehme Fakten und widersprüchliche Interessen drücken. Agglomerationsentwicklung ist also kein Schönwetterprogramm, sondern gemeinsame Problembenennung und Differenzbewältigung. Sie ist das entscheidende «Reallabor» der Innenentwicklung.

### Liebe Leserin, lieber Leser

In den letzten 35 Jahren ist die Schweizer Bevölkerung insbesondere in den Agglomerationen gewachsen. Ihre Herausforderungen sind heute in vielen Bereichen ähnlich wie jene der Kernstädte. Sachgerechte Lösungen in den Agglomerationen sind deshalb für die Entwicklung des ganzen Landes zentral.

Der Städteverband, der die Interessen der Städte und Agglomerationen vertritt, rückt die Agglomerationen in den Fokus: Was beschäftigt diese Orte und Regionen? Welche Unterstützung brauchen sie von Bund und Kantonen? Und wie können sie voneinander lernen und zusammenarbeiten? In Dialogen mit Fachleuten und Vertreterinnen und Vertretern aus Agglomerationen hat der Städteverband im Frühling erste Antworten erhalten. Auch die aktuelle Ausgabe des «focus» ist dem Thema gewidmet.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Kein Weg führt an den Agglomerationen vorbei»

**Thomas Iten****Gemeindepäsident Ostermundigen**

Seit 2013 trägt der parteilose Thomas Iten als Gemeindepäsident die Verantwortung für die Gemeinde Ostermundigen. Thomas Iten hat einen grossen Teil seiner Kindheit und Jugend in der Berner Agglomerationsgemeinde verbracht. Sein politisches Engagement startete Thomas Iten mit dem Aufbau eines Jugendrates. Seit rund 20 Jahren engagiert sich der zweifache, 44-jährige Familienvater in verschiedensten Aufgaben in der Kommunalpolitik. 2014 hat er das Präsidium der Verkehrskommission der Regionalkonferenz Bern-Mittelland übernommen.

**Sie haben im Juni an den Agglomerationsdialogen des Städteverbandes teilgenommen und dabei betont, die Agglomerationen seien das Scharnier zwischen Stadt und Land. Was heisst das konkret?**

Wenn sich die Menschen von der Stadt in die ländlichen Regionen bewegen bzw. umgekehrt, führt kein Weg an der Agglomeration vorbei. Dies spiegelt sich nicht nur in der Mobilität, sondern auch im politischen Alltag wider. Die Vororte werden auf der einen Seite städtischer, urbaner und sind stark auf die Kernstädte ausgerichtet. Gleichzeitig leben in der Agglomeration aber auch Menschen, die sich den ländlichen Gebieten verbundener fühlen. Das führt aus meiner Erfahrung unter anderem dazu, dass die Agglomerationen in Diskussionen zwischen Stadt und Land «dazwischen» liegen und dadurch die von mir angesprochene Scharnierfunktion übernehmen.

**Ostermundigen revidiert derzeit die Ortsplanung. Wie soll sich die Gemeinde weiterentwickeln?**

Die laufende Anpassung der Ortsplanung zeigt auf, in welche Richtung sich die Gemeinde bis 2030 und darüber hinaus entwickeln soll. Als Basis dient uns die «Räumliche Entwicklungsstrategie», die einerseits als Positionierung der Gemeinde dient und andererseits definiert, wie die Veränderung gelenkt werden soll. Kernpunkt ist die «Innere Entwicklung als Chance zu nutzen». Damit streben wir die Erhaltung des Kulturlandes und die Stärkung

der Quartiere an. Wir wollen unsere Mobilität nachhaltig und ortsverträglich gestalten und wenn immer möglich die bestehenden Netze stärken. (siehe auch [www.omundo.ch](http://www.omundo.ch))

**Wo liegen die grössten Hürden?**

Die Abhängigkeit und Komplexität der verschiedenen Themen und Ansprüche betrachte ich als die grösste Herausforderung. Grundsätzlich begrüsse ich, dass alle Bereiche integral miteinander abgestimmt werden. Es entstehen somit Gesamtprojekte, bei denen alle Fragestellungen der Siedlungsentwicklung berücksichtigt werden. Die vielen Verknüpfungen und Vorgaben von übergeordneten Ebenen führen aber dazu, dass die Umsetzung viel Durchhaltewille und Energie benötigt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Einbezug der Bevölkerung. Wir haben bei der Erarbeitung des Projekts grossen Wert auf die Einbindung der Bevölkerung gelegt.

**Agglomerationen werden in der breiten Bevölkerung oft als anonym und gesichtslos wahrgenommen. Was braucht es, damit sich dieses Bild verändert?**

Unter anderem sind es konkrete Projekte, die auch ausserhalb der Gemeinden wahrgenommen werden, wie beispielsweise in Ostermundigen der Bau des höchsten Wohngebäudes im Kanton Bern. Diese so genannten Leuchtturm-Projekte sind es, die den Agglomerationen künftig ein neues Gesicht geben werden. Gerne lade ich immer wieder Städte-

rinnen und Städter direkt in unsere Gemeinde ein, um vor Ort die (unbekannte) Agglomeration zu erklären.

**Sollten die Agglomerationsgemeinden Aufgaben vermehrt gemeinsam lösen?**

In Ostermundigen bewährt sich dieser Weg. Wir führen unter anderem mit anderen Gemeinden eine regionale Musikschule, betreiben eine ARA oder sind Mitinhaber der Wasserversorgung. Seit einigen Jahren gibt es mit der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ein Gefäss, wo wir die regionalen Verkehrs- und Raumplanungen, die Wirtschaft oder die überregionalen Kulturverträge gemeinsam bearbeiten und bei Bedarf auch darüber befinden. Ich gehe davon aus, dass künftig weitere Aufgaben über die Grenzen hinweg erbracht werden. Aktuell führen wir ein Fusionsabklärungsprojekt mit sechs anderen Gemeinden durch.

**Wie kann der Städteverband die Anliegen der Agglomerationen noch stärker unterstützen?**

Der Städteverband kann uns noch besser unterstützen, indem er sich auf Bundesebene für die Fragestellungen und Herausforderungen der Agglomerationen einsetzt und uns ein Gesicht gibt. Der vom Städteverband initiierte Agglomerationsdialog hat mir gezeigt, dass die Herausforderungen überall ähnlich sind. Ich würde es sehr begrüssen, wenn diese Plattform weitergeführt würde.

## THEMA

# Stadtentwicklung über die Gemeindegrenzen hinweg

**Der Bezirk Lausanne West, eine grossflächige Stadtrand-Agglomeration, bietet enorme Chancen und ein grosses Potenzial für eine nach innen gerichtete Entwicklung. Die acht Gemeinden, aus denen der Bezirk besteht, arbeiten bereits seit gut 20 Jahren zusammen. Nun folgt die gemeinsame Erstellung eines interkommunalen Richtplans.**



**Benoît Biéler**

Geograf und Raumplaner  
FSU, Direktor Strategie und  
Entwicklung des Bezirks  
Lausanne West

Mit seinen 76 000 Einwohnern und 47 000 Arbeitsplätzen hat der Lausanner Westen die Grösse einer demografisch und wirtschaftlich bedeutenden Stadt. Jede Gemeinde hat ihre ganz eigene Identität, jedoch sind die Grenzen so fließend, dass die Einwohner nicht immer wissen, ob ein Gebäude oder eine Strasse noch zu der einen oder schon zu der anderen Gemeinde gehört.

**«Bis 2040 könnte die Einwohnerzahl des Bezirks Lausanne West auf bis zu 100 000 Einwohner anwachsen, was einer Zunahme um fast 50 Prozent entspricht.»**

Als Standort zahlreicher Unternehmen sowie der Universität Lausanne (UNIL) und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (ETHL) ist der im Herzen des Genferseebogens gelegene Lausanner Westen ein besonders dynamischer und attraktiver Bezirk. Seit dem Jahr 2000 entstanden hier mehr als 20 000 Arbeitsplätze – was zu einem entsprechenden Bedarf an Wohnraum führte. Bis 2040 könnte die Einwohnerzahl des Bezirks auf bis zu 110 000 Einwohner anwachsen, was einer Zunahme um fast 50 Prozent entspricht.

## Ein bebauter Raum mit viel Potenzial

Lausanne West ist angesichts des zunehmenden Wachstums ein Siedlungsraum mit grosser Kapazität. Der Bezirk ist jedoch kein unbebauter Raum. Ein buntes Gemisch aus Gebäuden und Infrastruktur zeugt von der ganz eigenen Geschichte des Lausanner Westens, die es zu wahren gilt. Dieses Erbe, das dem Bezirk seine Identität gibt und zugleich Quelle der Verbundenheit für die

Einwohner ist, für die Lebensqualität unverzichtbar. Daher zielt die Entwicklung auch nur auf bestimmte Teile des Lausanner Westens ab, ohne ihn komplett zu verändern. So entstehen dicht besiedelte und lebendige Quartiere, während andere Areale in ihrer heutigen Form erhalten bleiben.

## Herausforderungen der Agglomerationen

Der Bezirk Lausanne West illustriert sehr gut die mit Stadtentwicklung und Agglomerationspolitik verbundenen Herausforderungen. Siedlungsräume dieser Art entsprechen den Zielsetzungen des von der Schweizer Stimmbevölkerung im Jahr 2013 angenommenen Raumplanungsgesetzes (RPG). Mit einem Verdichtungspotenzial, wie es nur eine Kernstadt bieten kann, spielt der Lausanner Westen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, der Zersiedelung Einhalt zu gebieten. Baustellen sind allgegenwärtig. Auf alten Industriebrachen entstehen neue Quartiere. Aber auch an der Infrastruktur wird gearbeitet: Kreuzungsbauwerke im Schienenverkehr, Neukategorisierung von Strassen, Einrichtungen für den Langsamverkehr, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, kompletter Umbau des Bahnhofs Renens und nicht zuletzt die kürzlich abgeschlossenen Bauprojekte wie die SBB-Haltestelle in Prilly-Malley.

**«Die Unterstützung des Bundes wie auch des Kantons Waadt ist unverzichtbar, insbesondere wenn es darum geht, die massiven Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu stemmen.»**

Ein solches Entwicklungsprojekt in einem bebauten Gebiet, das sich acht Gemeinden teilen, ist sehr komplex und bedarf der Einbindung unterschiedlicher Akteure. Die Unterstützung des Bundes wie auch des Kantons Waadt ist unverzichtbar, wenn es darum geht, die mit diesem Projekt verbundenen Herausforderungen zu bewältigen und ins-

besondere die massiven Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu stemmen.

## Bereitschaft zur Zusammenarbeit

Die aktuell im Bezirk Lausanne West laufenden Baumassnahmen sind das Ergebnis von Überlegungen und Studien, die zur Jahrtausendwende eingeleitet wurden. Mit einem von den Gemeinden des Lausanner Westens im Jahr 2004 unterzeichneten Masterplan startete das Projekt, mit dem der Verkehrsüberlastung und der Luftverschmutzung entgegengewirkt werden sollte. Der Masterplan ebnete zudem den Weg für das 2007 ins Leben gerufene Agglomerationsprogramm Lausanne-Morges (PALM), an dem 26 Gemeinden beteiligt sind. Die interkommunale Zusammenarbeit spielt für den Bezirk Lausanne West seither eine sehr wichtige Rolle und trotz der damit verbundenen komplexen Herausforderungen haben die Gemeinden ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mehrfach bewiesen. Für diese gemeinsame Arbeit wurden sie im Jahr 2011 sogar mit dem Wakkerpreis ausgezeichnet. Dank der 2003 eingerichteten Leitstelle «Strategie und Entwicklung des Bezirks Lausanne West» (SDOL) können gebietsbezogene Probleme gelöst und koordinierte Massnahmen über Gemeindegrenzen hinweg ergriffen werden. Als Plattform für Austausch und Koordination lebt sie von den vielfältigen Beiträgen aller Beteiligten: den Vertretern der einzelnen Gemeinden und des Kantons.

## Interkommunaler Richtplan

Diese Kultur der Zusammenarbeit findet nun Ausdruck in einem interkommunalen Richtplan für den Bezirk Lausanne West (PDIOL), der kurz vor der Fertigstellung steht. Dieser Plan, eine Neuerung in der Waadtländer Gesetzgebung, beschreibt die gemeinsame Zukunftsvision der acht Gemeinden bis 2040 – eine Vision, die mithilfe verschiedener Partner und Beratungsgruppen erarbeitet wurde. Der Plan markiert den Beginn einer neuen Reihe von Studien, Entwicklungen und Projekten auf einer soliden und um neue Aspekte wie Energie oder kulturelles Erbe erweiterten Rechtsgrundlage. Zentraler Punkt des Richtplans: Das Wachstum steuern, um die Lebensqualität der Einwohner zu garantieren.

[www.ouest-lausannois.ch](http://www.ouest-lausannois.ch) (französisch)

## POLITIK

## Ausblick auf die Herbstsession

In der letzten Session vor den nationalen Wahlen wird der erneute Anlauf zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes einen wichtigen Schwerpunkt bilden. Der Entscheid über das Nicht-eintreten auf die Vorlage zur zweiten Etappe der Totalrevision des Raumplanungsgesetzes soll verschoben werden.

### Zweiter Anlauf beim CO<sub>2</sub>-Gesetz

Die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes scheiterte im November im Nationalrat. Nun hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates ihrem Rat eine neue Lösung unterbreitet. Mit einem klar definierten Inlandanteil wählt die Kommission einen anderen Weg als der Nationalrat, der in der Wintersession das Inlandziel aus dem Gesetz gestrichen hatte. Die Kommission betont, dass inländische Massnahmen viel Wertschöpfung in der Schweiz generieren. Beim Zweckartikel des CO<sub>2</sub>-Gesetzes geht die Kommission weiter als der Bundesrat: Sie will die Ziele des Übereinkommens von Paris explizit im nationalen Recht verankern.

### Differenzen beim E-ID-Gesetz

Beim Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat dem vorgeschlagenen Konzept des Bundesrates zugestimmt: Der Staat prüft die Identität, die Wirtschaft gibt die neue E-ID heraus. Die Aufgabenteilung ist jedoch hoch umstritten, auch der Städteverband hat sich kritisch geäussert. Die Vorlage geht nun mit Differenzen zurück an den Nationalrat. So ist die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates etwa dagegen, dass die Voraussetzungen, unter denen auch eine Verwaltungseinheit des Bundes ein E-ID-System betreiben kann, gegenüber dem Entwurf des Bundesrates gelockert werden.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates beantragt ihrem Rat, der Revision des Zivildienstgesetzes zuzustimmen. An ihrer Sitzung vom Mai hatte sie die Beratungen sistiert, um die Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz zu prüfen und die Kantone anzuhören. Angesichts der Dringlichkeit der Revision soll nun aber doch die bestehende Vorlage rasch verabschiedet werden. In der Detailberatung befürwortete die Kommission sieben der acht vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, die die Zulassung zum Zivildienst einschränken sollen.

### Revision des Zivildienstgesetzes

Die Grünen Zonen für Elektrofahrzeuge  
Mehrere Verkehrsgeschäfte sind aus Sicht des Städteverbandes von Interesse. In der Differenzbereinigung befinden sich die Verpflichtungskredite für die Beiträge an die Agglomerationsprogramme ab 2019. Der Na-

### Grüne Zonen für Elektrofahrzeuge

Der Städteverband befindet über eine Motion der Fraktion der Grünliberalen, die grüne Parkzonen für Elektrofahrzeuge ermöglichen will. Dem Ständerat liegt eine Motion vor, die ein Mobility Pricing für alle Verkehrsträger verlangt, die keine Mineralölsteuer oder andere Abgaben entrichten (Elektrofahrzeuge, Wasserstoff, Erdgas etc.).

Die Umweltkommission des Nationalrates hat ihrem Rat im Juni beantragt, nicht auf die Vorlage der zweiten Etappe der Totalrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) einzutreten. Der Städteverband bedauert diesen Entscheid. Die Kommission sieht zwar mit Blick auf die Bautätigkeit ausserhalb der Bauzone Handlungsbedarf. Die Vorlage sei jedoch nicht die geeignete Basis, um die entsprechenden Probleme sauber anzugehen. So beurteilt die Kommission gerade den vom Bundesrat vorgeschlagenen Planungs- und Kompensationsansatz als nicht umsetzbar. Nun will die UREK-N eine eigene Motion mit konkreten Ideen präsentieren. Bei ihren Beratungen stellte sie aber fest, dass es noch Klärungsbedarf gibt. Sie möchte deshalb das Geschäft in der Herbstsession abtraktandieren, damit die geplante Kommissionenmotion zusammen mit dem bereits beschlossenen Nichteintretensantrag der Kommission behandelt werden kann.

### Klärungsbedarf beim RPG 2

Bei ihren Beratungen stellte sie aber fest, dass es noch Klärungsbedarf gibt. Sie möchte deshalb das Geschäft in der Herbstsession abtraktandieren, damit die geplante Kommissionenmotion zusammen mit dem bereits beschlossenen Nichteintretensantrag der Kommission behandelt werden kann.

## Vernehmlassungen

### Unterirdischer Gütertransport

In der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport stimmen die Städte dem geplanten Vorgehen grundsätzlich zu. Sie verlangen aber, dass die gesetzlichen Leitplanken für allfällige unterirdische Güterverkehrssysteme dazu beitragen, dass Städte und Agglomerationen ihre Herausforderungen im Verkehr besser bewältigen können, statt dass die Belastungen noch grösser werden. Neue Verkehrssysteme müssen national wie international mit bestehenden Systemen auf Schiene und Strasse abgestimmt sein. Betroffene Städte und Gemeinden müssen vom Bund aktiv in den Entwicklungsprozess neuer Systeme einbezogen werden.

### Agglomerationsprogramme

Der Städteverband verspricht sich von der Verordnung des Bundes zu den Fristen und Beitragsberechnungen in Agglomerationsprogrammen Rechtssicherheit und Kontinuität. Die Städte legen Wert darauf, dass bei der Abstimmung der Agglomerationsprogramme und der nationalen Verkehrswege das in der Raumplanung übliche Gegenstromprinzip angewendet wird und beide Standpunkte gleich gewichtet werden. Auch sind die Städte der Auffassung, dass für begründete «Schlüssel-massnahmen», für welche die Trägerschaften den Nachweis erbringen, dass sie über die jeweilige Programmgeneration hinaus Wirkung entfalten, ein Bewertungsmaßstab anzuwenden ist, der dieser Bedeutung Rechnung trägt.

### Wohneigentumsbesteuerung

Eine Mehrheit der Städte und städtischen Gemeinden bejahen den Reformbedarf bei der Wohneigentumsbesteuerung. Eine Reform soll zu einer Vereinfachung des Steueranlagensystems sowie zu einer Beseitigung von Fehlanreizen führen und muss haushaltneutral umgesetzt werden. Die Städte befürworten den vorgeschlagenen Systemwechsel, fordern aber, dass Wohneigentümer gegenüber Mietern nicht besser gestellt werden. Die gleichzeitige Abschaffung der bisherigen Abzugsmöglichkeiten wird entsprechend begrüsst.

Weitere Vernehmlassungen unter:  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

### Agglomerationen: Die Städte der Zukunft brauchen mehr Beachtung



Der politische Wille ist klar: Vorab die urbane, bereits dicht besiedelte Schweiz soll das künftige Bevölkerungswachstum aufnehmen. Kernstädte und Agglomerationen stehen damit vor grossen Aufgaben mit Chancen und Risiken. Vor allem die stark wachsenden Agglomerationen sind mit der Siedlungsentwicklung nach innen auf eine neue Art gefordert. Trotzdem stehen die Agglomerationen als Städte der Zukunft kaum im Fokus der Bundespolitik. Der Schweizerische Städteverband fordert, dass die Agglomerationen einen höheren politischen Stellenwert und Anreize zur Weiterentwicklung erhalten.

Um Bedürfnisse direkt abzuholen, hat der Städteverband im Frühling drei Dialoge mit Fachleuten und Vertreterinnen und Vertretern aus Agglomerationen aller Landesteile durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Agglomerationen mehr Gehör suchen, mehr Erfahrungsaustausch und Kooperation wünschen und selbstbewusster auftreten wollen. Die Jahresmedienkonferenz des Städteverbandes im August war ebenfalls dem Thema gewidmet. Nationalrat Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes und Stadtpräsident von Solothurn, Claudine Wysa, Gemeindepräsidentin von Bussigny VD, Nationalrat Philipp Kutter, Stadtpräsident von Wädenswil ZH und Renate Amstutz, Direktorin des Städteverbandes unterstrichen die Bedeutung der Agglomerationen.

Es gibt gute Beispiele, wie Agglomerationen zusammenarbeiten können. Viele stehen diesbezüglich jedoch erst am Anfang. Bund und Kantone können die Entwicklung begünstigen, indem sie Erleichterungen und Anreize für Kooperationsmodelle schaffen. Das Prinzip der regionalen Trägerschaften, wie sie für den Verkehr im Rahmen der Agglomerationsprogramme bestehen, soll auch auf andere Politikbereiche übertragen werden. Ausserdem muss die nationale Regionalpolitik auch den urbanen Raum einbeziehen. Zugleich sind die Agglomerationsgemeinden gefordert. Eine gute Durchmischung der Bevölkerung und die Identifikation mit der Gemeinde bleiben ein zentraler Erfolgsfaktor für ein lebendiges Gemeinwesen. Partizipative Projekte, die Behörden und Bevölkerung verbinden, sind hier vielversprechend.

Die Agglomerationen bleiben auf der Agenda des Städteverbandes: Im Verlauf des Herbsts soll eine breit angelegte Umfrage unter den Mitgliedern weitere Erkenntnisse zu Tage fördern. Daraus soll ein Forderungskatalog zuhanden des neuen Parlaments entstehen. Denn für den Städteverband ist klar: Die neue Legislatur muss zu einer Legislatur der Städte und Agglomerationen werden!

[www.staedteverband.ch/agglomerationen](http://www.staedteverband.ch/agglomerationen)

### KSFD-Fachveranstaltung zum Thema «Investitionen»



Investitionen sind in den Finanzverwaltungen von Städten und Gemeinden ein gleichermassen wichtiges wie komplexes Thema.

Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren führte dieses Jahr eine Erhebung zu Fragen rund um die Investitionsplanung und -steuerung durch, deren Ergebnisse an der Fachtagung präsentiert werden. Anschliessend geben Vertreterinnen und Vertreter dreier Städte Einblick in ihre Prozesse und Abläufe und diskutieren mit den Teilnehmenden. Die Fachtagung am 13. September 2019 richtet sich an Finanzvorsteherinnen und Finanzvorsteher von Städten und Gemeinden sowie an deren Mitarbeitende und weitere interessierte Kreise.

[www.ksfd.ch](http://www.ksfd.ch)

### Nationale Tagung «Nachhaltige Ernährung in Städten und Gemeinden»



Durch die starke Einbindung der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft in die globalen Märkte trägt auch die Schweiz einen Teil der Verantwortung am globalen Ernährungssystem, am Klima, der Umwelt, der Gesundheit und der sozialen Gerechtigkeit. Im Rahmen einer nationalen Tagung des Städteverbandes werden wesentliche Handlungsfelder und Instrumente zur Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme auf kommunaler Ebene beleuchtet und die involvierten Akteure, Städte und Gemeinden, Kantone und Bund, Verbände, Forschung und Wirtschaft, miteinander vernetzt, um Synergien optimal nutzen zu können und sich gegenseitig voran zu bringen. Die Tagung findet am 5. November 2019 in Zürich statt. Die Anmeldefrist läuft noch bis am 11. Oktober.

[www.staedteverband.ch/ernaehrung](http://www.staedteverband.ch/ernaehrung)

## Kurzmeldungen

### Jahrestagung von freiwillig.engagiert

In der täglichen Arbeit von Stadt- und Gemeindeverwaltungen gibt es viele Berührungspunkte mit dem Engagement von Freiwilligen. Viele Städte und Gemeinden fördern die Freiwilligenarbeit deshalb aktiv. Gleichzeitig erhalten Politik und Verwaltung aus der Zivilgesellschaft wertvolle Inputs und Anregungen. Zivilgesellschaftliche Strukturen helfen, die Verbindung zwischen der öffentlichen Hand und der Bevölkerung auszubauen. Die Jahrestagung des Netzwerks freiwillig.engagiert vom 18. November 2019 greift die vielseitigen Kontakte zwischen der Zivilgesellschaft, der Freiwilligenarbeit und den Städten und Gemeinden auf.

[www.netzwerkfreiwilligengagiert.ch](http://www.netzwerkfreiwilligengagiert.ch)

### Förderpreis für Freiwilligenarbeit

Fünfzehn Organisationen haben mit einer Ausschreibung das Förderprojekt «engagement-lokal» lanciert. Lokale Kooperationen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat, die Konzepte, Strategien und Projekte zur Förderung des freiwilligen Engagements vor Ort kreieren, werden finanziell unterstützt und fachlich begleitet.

[www.engagement-lokal.ch](http://www.engagement-lokal.ch)

### Suisse Public und SmartSuisse

2020 stehen zwei grosse Veranstaltungen an, die der Städteverband unterstützt: Die Suisse Public ist das national wichtigste Treffen des öffentlichen Sektors. Während vier Tagen treffen sich vom 9. bis 12. Juni 2020 rund 20 000 Fachleute und Beschaffungsverantwortliche in Bern. Mit der SmartSuisse findet in Basel am 18. und 19. März 2020 zum vierten Mal der Strategiekongress mit Begleitausstellung statt, der sich den erfolgversprechendsten Smart-City-Themen widmet. Save-the-dates!

[www.suissepublic.ch](http://www.suissepublic.ch)

[www.smartsuisse.ch](http://www.smartsuisse.ch)

### Info-Veranstaltung zum ÖREB-Kataster

Am 6. November 2019 findet in Bern die jährliche Informationsveranstaltung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) statt.

[www.cadastre.ch/oereb](http://www.cadastre.ch/oereb)

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 5./6. September 2019** **Städtetag 2019 «Innenstädte unter Druck»** in Chur  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 29. Oktober 2019** **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere** in Bern  
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch
- 5. November 2019** **Tagung «Nachhaltige Ernährung in Städten und Gemeinden»** in Zürich  
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, barbara.brechbuehl@staedteverband.ch

## Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 13. September 2019** **Doppelkonferenz SI Sozialpolitik und SI Bildung «Städte für eine Politik der frühen Kindheit»** in Winterthur / Information: info@staedteinitiative.ch
- 13. September 2019** **Fachveranstaltung KSFD «Investitionen»** in Bern  
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, karin.christen.@staedteverband.ch
- 26. September 2019** **17. Kongress zur urbanen Sicherheit KSSD/SVSP/SKP/SSV «Gewalt: Was können wir tun?»** in Bern  
Information: Christoph Lienhard, Telefon 044 411 70 30, info@kssd.ch
- 18. November 2019** **Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität «City-Logistik»** in Bern  
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

## Weitere Organisationen

- 5. September 2019** **Fachtagung «Historische Gärten – Erhalt und Pflege»** in Heiden (Patronat: SSV)  
Information: www.vssg.ch
- 12. September 2019** **VSS-Fachtagung «Reise- und Fernbusmanagement in Städten»** in Bern (Patronat: SSV)  
Information: www.vss.ch
- 16. - 19. September 2019** **Schweizer Mobilitätsarena** in Bern (Patronat: SSV)  
Information: www.mobilitaetsarena.ch
- 29. Oktober 2019** **PUSCH-Tagung - Nachhaltige öffentliche Beschaffung: Fokus Kreislaufwirtschaft** in Biel  
Information: www.pusch.ch
- 31. Oktober 2019** **6. Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung** in Luzern (Patronat: SSV)  
Information: www.hslu.ch
- 4. - 5. November 2019** **International conference « How to measure Baukultur »** in Genf  
Information: www.bak.admin.ch
- 6. November 2019** **ÖREB-Kataster - Öffentliche Informationsveranstaltung** in Bern  
Information: www.cadastre.ch
- 7. November 2019** **Fachtagung Grenchner Wohntage** in Grenchen  
Information: www.bwo.ch
- 18. November 2019** **Jahrestagung von freiwillig.engagiert** in Biel  
Information: www.netzwerkfreiwilligengagiert.ch

### Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Karin Christen, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger, Martin Tschirren;  
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.  
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch  
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch